

Az.: 025.020.000

Öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 27. Juni 2007

R. Pr. Nr. 68

**Kompetenzerweiterung der Ortschaftsräte
- Antrag der SPD-Fraktion und anderen am 5. März 2007**

Beschluss: (einstimmig)

Der o. g. Antrag der SPD-Fraktion und anderen wird zur Vorberatung an den Verwaltungsausschuss verwiesen.

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Die SPD-Fraktion stellte mit Unterstützung von Stadträtin Saebel und Stadträtin Lumppp mit Schreiben vom 5. März 2007 folgenden Antrag:

„Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin!

Die SPD-Gemeinderatsfraktion beantragt nach § 70 der Gemeindeordnung eine Kompetenzerweiterung der Entscheidungsbefugnisse des Ortschaftsrates durch die Stadt Ettlingen. Dabei ist dem Ortschaftsrat im Rahmen des Gesamthaushaltes ein Budgetrecht einzuräumen. Als Größenordnung der Mittelbewirtschaftungsbefugnis könnte der Betrag von 20,-- € pro Stadtteilbewohner angesetzt werden. Ferner sollten dem Ortschaftsrat in eigener Zuständigkeit mehrere die Ortschaft betreffende Angelegenheiten übertragen werden, soweit sie nicht der ausschließlichen Beschlusskompetenz des Gemeinderates unterliegen (siehe § 70 Abs. 2).

Die Sachentscheidungsbefugnisse können reichen von der Pflege des Ortsbildes über die Ausgestaltung, Unterhaltung und Benutzung von örtlichen Einrichtungen bis zur Förderung des örtlichen Vereinswesens und der Unterhaltung, Vermietung sowie Verpachtung von kulturellen Einrichtungen u. a.

Hier sollte der Gemeinderat einen entsprechenden Befugniskatalog erstellen.

Begründung:

Mit der beantragten Kompetenzerweiterung erhielte der Ortschaftsrat als stadtteilbezogene Repräsentanz der Ortsbevölkerung per greifbare Aufwertung mehr Aufmerksamkeit und politisches Gewicht. Es würde sich das Interesse und die Verantwortungsbereitschaft für die spezifischen Aufgabenstellungen noch mehr steigern und die Identität im Stadtteil stärken. Auf jeden Fall wäre es ein Beitrag zu mehr Demokratie vor Ort, wenn mehr substantielle Mitbestimmungsrechte eingeräumt würden.

Wolfgang Lorch

Für das Quorum: Stadträtin Saebel
Stadträtin Lumppp“

- - -

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Zusammenstellung eines entsprechenden Befugnis cataloges erfordert unter Beachtung der Grenzen der Ortschaftsverfassung die Einbeziehung der einzelnen Fachämter. Im Hinblick auf den erforderlichen Zeitbedarf und die umfangreiche Prüfung schlägt die Verwaltung die Verweisung an den Verwaltungsausschuss zur Vorberaterung vor.

- - -

Stadtrat Lorch stellt klar, dass Stadträte Anträge unterschreiben, damit diese das erforderliche Quorum erhalten, um auf die Tagesordnung des Gemeinderats gesetzt zu werden. Die Unterschrift bedeute, dass das Thema des Antrags im Gemeinderat diskutiert werden müsse und nicht, dass die unterzeichneten Stadträte dem Antrag zustimmen.

Bürgermeisterin Petzold-Schick bestätigt dies.

Stadtrat Lorch erläutert, dass bei der Diskussion um die unechte Teilortswahl auch Stimmen laut geworden seien, die Ortschaftsräte abzuschaffen. Er führt weiter aus, dass der Antrag eine Aufwertung der Kompetenzen der Ortschaftsräte dadurch vorsehe, in dem die Entscheidungsbefugnisse gestärkt werden. Er plädiert dafür, den Ortschaftsräten ein eigenes Budget zur Verfügung zu stellen, damit die entsprechenden Entscheidungen auch umgesetzt werden können. Im Weiteren erläutert er den Antrag der SPD-Fraktion. Er schlägt vor, als Bemessungsgrundlage 20 € je Einwohner zur Verfügung zu stellen - dies wären für Bruchhausen beispielsweise 100.000 €. Er stimmt der Vorberaterung im Verwaltungsausschuss zu.

Stadtrat Foss weist darauf hin, dass bei durchschnittlich 3.000 Einwohnern in den Ortsteilen die Mittelbewirtschaftungsbefugnis bei rund 60.000 € liegen würde. Seiner Auffassung nach könnten die Kompetenzen der Ortschaftsräte gestärkt werden, dies Bedarf jedoch einer vorherigen Diskussion im Verwaltungsausschuss.

Stadtrat Deckers stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu. Er betont, dass er Bedenken gegen einige Vorschläge der SPD-Fraktion habe, wie beispielsweise die Bezuschussung der ortsansässigen Vereine.

Stadträtin Saebel steht dieser Idee grundsätzlich positiv gegenüber, da sie dezentrale Strukturen befürworte. Ihrer Meinung nach ist jedoch eine Vorberaterung erforderlich, damit dargestellt werde, was tatsächlich vor Ort entschieden werden könne.

Stadträtin Lumpp erläutert, dass sie dezentrale Strukturen unterstütze. Ihrer Meinung nach sei dies ein hochpolitisches Thema, da die SPD-Fraktion den Antrag gestellt habe, obwohl mehr Vertreter aus Ortsteilen in der CDU-Fraktion vertreten seien.

Stadtrat Dr. Böhne verdeutlicht, dass er diesem Antrag grundsätzlich positiv gegenüberstehe, da so eventuell auch die Tagesordnung des Gemeinderats verkürzt werden könne. Auch er stimmt der Vorberaterung im Verwaltungsausschuss zu.

Stadträtin Nickel stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Der Gemeinderat stimmt diesem Geschäftsordnungsantrag mit 23:11 Stimmen zu.

Ohne weitere Aussprache wird dem Beschlussvorschlag der Verwaltung einstimmig zugestimmt.

- - -